



Geschäftsführung Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Ansprechpartnerinnen: Frau Bültge/
Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-23702 / 221-24646
Fax: (0221) 221-26928
E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de
evelyne.fuchsberger-meyer@stadt-koeln.de

Datum: 07.05.2008

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 14.04.2008, 14:00 Uhr bis 15:55 Uhr, Vereinshaus Worringen, St.-Tönnis-Straße 68, 50769 Köln

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	stellvertretend für Herrn Grau
Herr Dr. Michael Paul	CDU	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	stellvertretend für Frau Frebel
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Herr Peter Sörries	Grüne	stellvertretend für Herrn Brust
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen
Herr Ziya Cicek	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 a der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Ernst Drösemeier	Leiter Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Johannes Feyrer	Berufsfeuerwehr
Herr Dr. Jan Leidel	Leiter Gesundheitsamt
Herr Stephan Neuhoff	Leiter Berufsfeuerwehr
Frau Johanna Preißmar-Cuber	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Frau Inge Schürmann	Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herr Stadtkämmerer Peter Michael Soénius
Herr Gregor Timmer

Dezernat für Finanzen
Leiter Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Schriftführerinnen

Frau Barbara Bültge
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Geladene Fachleute

Herr Manfred Richter, Bezirksregierung Köln, Abteilungsleiter Umwelt
Herr Dr. Michael Rottschäfer, Bezirksregierung Köln, Leiter Wasserwirtschaftsdezernat
Herr Dr. Horst Büther, Bezirksregierung Köln, Hauptdezernent Immissions- und Umweltschutz
Herr Wolfgang Wick Dezernent, Bezirksregierung Köln, Immissions- und Umweltschutz
Herr Exner, Bezirksregierung Köln, Dezernat Gefahrenabwehr
Herr Egon Falkenberg, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, Abteilungsleiter Anlagen-
technik und Kreislaufwirtschaft
Herr Dr. Hans-Jürgen Bister, Fa. INEOS, Geschäftsführer
Herr Dr. Patrick Giefers, Fa. INEOS, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Frau Dr. Anne-Gret Iturriaga Abarzua, Fa. INEOS, Communications Manager

Presse

Zuschauer

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Gesundheit

- 1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 2.1. Aktueller Sachstand zum Chemieunfall bei INEOS in Köln-Worringen
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.04.2008
AN/0675/2008
 - Zu 2.1 Aktueller Sachstand zum Chemieunfall bei INEOS in Köln-Worringen
Stellungnahme der Verwaltung
1645/2008
- 3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Beschlussvorlagen**
- 5 Mitteilungen**
- 6 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Aktueller Sachstand zum Chemieunfall bei INEOS in Köln-Worringen hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.04.2008 AN/0675/2008

Aktueller Sachstand zum Chemieunfall bei INEOS in Köln-Worringen Stellungnahme der Verwaltung 1645/2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher heißt alle Anwesenden zur Sondersitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün herzlich willkommen. Er geht auf den Anlass der Sondersitzung, den Chemiegroßbrand bei der Firma INEOS in Köln-Worringen, ein, der insbesondere bei den direkten Anwohnerinnen und Anwohnern Sorgen, Ängste und Unruhe erzeugt habe. Da man diese Sorgen und Ängste ernst nehmen, tagte der zuständige Fachausschuss des Kölner Rates mit der Zuständigkeit für Umwelt und Gesundheit vor Ort.

Bei dem Ereignis seien etwa 1.200 Feuerwehrleute und Hilfskräfte über 10 Stunden damit beschäftigt gewesen, den Brand erfolgreich zu löschen. Hierfür spricht der Ausschussvorsitzende dem Leiter der Kölner Berufsfeuerwehr, Herrn Neuhoff, und seinem gesamten Team im Namen des Ausschusses seinen Dank aus.

Anschließend stellt er klar, es gehe nicht darum, Schuldzuweisungen zu treffen, sondern aus den möglichen Fehlern und den gemachten Erfahrungen zu lernen. Die anwesenden Fachleute seien erschienen, um den Ausschussmitgliedern und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf die noch offenen Fragen zu geben.

Da es im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates kein Frage- und Rederecht der Gäste während einer Ausschusssitzung gebe, sei im Vorfeld dieser Sitzung dazu aufgefordert worden, den Fraktionen Fragen zuzusenden. Hiervon hätten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht. Ein Teil dieser Fragen sei in der vorliegenden schriftlichen Anfrage zusammengefasst. Darüber hinaus sei auch der Verwaltung eine Vielzahl von Fragen zugegangen.

Herr Bacher schlägt daher vor, bei der Beantwortung gleichartige oder ähnliche Fragen sowie die heute gegebenen und die noch zu gebenden Antworten in einem Protokoll zusammenzufassen und dieses in geeigneter Form auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zugänglich zu machen.

Anschließend stellt er die Fachleute namentlich vor:

Von der Bezirksregierung seien erschienen Herr Manfred Richter, Abteilungsleiter Umwelt, Herr Dr. Michael Rottschäfer, Leiter des Wasserwirtschaftsdezernates, Herr Dr. Horst Büther, Hauptdezernent Immissions- und Umweltschutz, Herr Wolfgang Wick Dezernent, Immissions- und Umweltschutz und Herr Exner vom Dezernat 22, welches auch für die Feuerwehr zuständig sei.

Vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz komme Herr Egon Falkenberg, Abteilungsleiter Anlagentechnik und Kreislaufwirtschaft.

Die Firma INEOS Köln GmbH sei durch Herrn Dr. Hans-Jürgen Bister, Geschäftsführer, Herrn Dr. Patrick Giefers, Geschäftsführer und Frau Dr. Anne-Gret Iturriaga Abarzua, Kommunikations-Managerin, vertreten.

Darüber hinaus seien neben den ständigen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung Frau Inge Schürmann und Herr Gregor Timmer vom Presse- und Informationsamt der Stadt Köln anwesend.

Ein ebenfalls eingeladenen Vertreter der Polizei habe leider abgesagt.

Anschließend geben die anwesenden Fachleute ihre Stellungnahmen ab.

Herr Dr. Patrick Giefers, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der Firma INEOS

Nach einer kurzen Vorstellung der Firma hebt er hervor, dass diese kontinuierlich in den letzten Jahren etwa 150 Mio. € pro Jahr für die Sicherheit und den Erhalt ihrer Anlagen ausgeben. Das Werk werde zudem regelmäßig gemäß der Störfallverordnung überprüft. Anschließend stellt Herr Dr. Giefers den Ablauf des Störfalles aus Sicht der Firma INEOS dar.

Eine europäische Transportleitung für Ethylen auf dem Firmengelände, deren Eigentümer jedoch nicht INEOS sei, sei undicht geworden. Alle großen chemischen Anlagen und Betreiber zwischen Antwerpen und Marl, auch INEOS, seien sowohl Konsumenten als auch Einspeiser dieser Leitung. Sie habe sich entzündet, ein Tank habe Feuer gefangen, die Feuerwehr sei alarmiert worden, der Tank sei gelöscht und gesichert worden und zum heutigen Zeitpunkt fast schon abgerissen.

Herr Dr. Giefers äußert Verständnis für die Ängste der Worringer Bürgerinnen und Bürger und bedauert, dass diese in ihren Lebensumständen und Tagesabläufen derart beeinträchtigt worden seien, stellt jedoch fest, dass es sich bei dem von ihm dargestellten Ablauf um Tatsachen handle.

Wichtig sei, dass es weder bei den Beschäftigten noch bei den Partnerfirmen am Standort Verletzte gegeben habe und auch die Einsatzkräfte unversehrt geblieben seien. Es seien auch keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

Ebenso hätten alle im Werk befindlichen Alarmierungs- und Gefahrenabwehrpläne einwandfrei funktioniert. Da jeder gewusst habe, was er zu tun hatte, habe man das Ereignis relativ schnell und gut in den Griff bekommen. Das zeige auch, dass die Stabsrahmenübung, die jährlich mit dem ganzen Werk durchgeführt werde, sich sehr gut bewährt habe.

Herr Dr. Giefers betont, dass es jetzt darauf ankomme, in einer Analyse herauszufinden, warum der Störfall passiert sei. Dies wiederum hänge davon ab, was die zuständigen Behörden ermittelten.

Zum heutigen Zeitpunkt sei es viel zu früh, Schlüsse zu ziehen oder irgendwelche Veränderungen in irgendeiner Form zu fordern.

Herr Dr. Giefers hebt mehrfach die Bereitschaft der Firma INEOS hervor, mit der Nachbarschaft, also der Bevölkerung in Worringen und Umgebung, den Einsatzkräften, den Politikern, den Gremien, den Bürgervereinen in Worringen und Dormagen, aber auch mit den Beschäftigten und den Partnerfirmen von INEOS einen Dialog zu starten, um zu analysieren, was man anders machen kann.

Die Idee dahinter sei ein sogenannter "Runder Tisch" oder "Runde Tische", die INEOS gerne initiieren wolle. Man wolle diese "Runden Tische" zu den Themengruppen "Einsatz", "Information" und "Umwelt und Gesundheit" einführen, um die gemachten Erfahrungen zu nutzen, Vorschläge aufzugreifen und das Ganze in einem strukturierten Prozess stattfinden zu lassen, damit daraus Verbesserungen oder Veränderungen abgeleitet werden.

Zur "Einsatz"gruppe wolle man die Berufsfeuerwehr, die Werkfeuerwehr, Werkeinsatzleitung, die Polizei und andere externe Einsatzkräfte einladen und den Ablauf sowie die Kommunikation diskutieren.

Hinsichtlich des Themas "Information" sei es das Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern in Worringen Informationen näher zu vermitteln oder auch andere Quellen zu nutzen. Zu dieser Gruppe wolle man die Pressestelle der Stadt Köln, die Unternehmenskommunikation von INEOS, die Pressestelle des Chemie-Parks, die Pressestelle der Stadt Dormagen und auch die Bezirksregierung einladen.

Um zukünftig einen Überblick über geltende und nicht geltende Messwerte zu haben oder auch Gerüchten und Spekulationen vorzubeugen, beabsichtige man, das Gesundheitsamt der Stadt Köln, den Werkarzt des Chemie-parks, die eigene Abteilung zu Sicherheit und Gesundheit, das Landesumweltministerium und ebenfalls die Bezirksregierung einzuladen und in einer Gruppe "Umwelt und Gesundheit" offen zu diskutieren und Verbesserungen abzuleiten.

Abschließend betont Herr Dr. Giefers noch einmal die hohe Bereitschaft der Firma INEOS, jeden Gesprächstermin mit Politik, Ämtern, Behörden, Gremien und Bürgervertretern wahrzunehmen.

Herr Stephan Neuhoff, Leiter der Berufsfeuerwehr Köln

Herr Neuhoff ruft den Ablauf des Großbrandes in Erinnerung. Das Schadensereignis selbst habe um 14.28 Uhr begonnen. Daraufhin sei die Werkfeuerwehr alarmiert worden. Diese habe einen Gasaustritt, eine relativ kleine Flamme von etwa 1,50 m Länge, vorgefunden. Während die Werkfeuerwehr noch ihren Einsatz aufgebaut habe, sei es zu einer schlagartigen Vergrößerung der Flamme gekommen, so dass dann eine etwa 40 m hohe Flamme aus der Ethylenleitung herausgetreten sei.

Daraufhin sei die Berufsfeuerwehr alarmiert worden. Das Kühlen des Acrylnitril-Tanks und der benachbarten Tanks habe zunächst oberste Priorität gehabt. Insgesamt seien 17 Werfer eingesetzt worden. Bodenwerfer von Großtanklöschfahrzeugen und Teleskopmastbühnen und ungefähr 30 Kubikmeter Wasser pro Minute seien zur Kühlung eingesetzt worden.

Das Feuer habe etwa zwischen 15.15 Uhr und 15.29 Uhr in einem schrittweisen Prozess auf den Acrylnitril-Tank übergegriffen. Das Dach habe zu brennen begonnen, bis es gegen 15.29 Uhr in Vollbrand gestanden habe. In diesem Moment sei Stufe „D3“ ausgelöst worden, ein festgelegtes Stichwort, das für die Berufsfeuerwehr bedeute, Sirenen auszulösen und sowohl Radiowarnungen als auch Lautsprecherwagen in Gang zu setzen. Dies sei auch geschehen. Bei Radio Köln sei sogar direkt in die laufende Sendung hineingesprochen worden.

Die Rauchwolke sei durch die Thermik sehr steil emporgestiegen und in etwa 700 m Höhe über das Stadtzentrum von Köln gezogen. Die Feuerwehr habe großflächig bis in die Südstadt hinein Messungen vorgenommen. Es habe jedoch keinerlei Hinweise auf eine Gefährdung der Bevölkerung gegeben, so dass in dieser Phase auf die Lautsprecherwarnung verzichtet worden sei. Die Sirenenwarnung und die Information über das Radio seien in dieser Phase weiter gelaufen.

In dieser Situation musste das Ausbrennen der Ethylenleitung abgewartet werden.

Zwischen 18.00 Uhr und 18.30 Uhr habe sich die Rauchwolke langsam abgesenkt. Da man nicht abschätzen konnte, wie weit sie sich absenkt, sei vorsorglich die Lautsprecherwarnung des Gebietes zwischen der Autobahn A 57 und nördlich der Autobahn A 1 eingeleitet worden.

Die Lautsprecherwarnungen und die Radiodurchsagen seien auch geändert bzw. ergänzt worden. Diese Maßnahme habe sich jedoch im Nachhinein als nicht notwendig erwiesen, weil sich die Rauchwolke nicht weiter abgesenkt habe, sondern in einer ausreichenden Höhe über Köln hinweg gezogen sei.

An der Unglücksstelle selbst habe ein Löschangriff mit Schaum vorbereitet werden müssen. Dazu seien weitere 25 Kubikmeter Wasser pro Minute an der Einsatzstelle erforderlich gewesen. Hierfür sei eine Wasserförderstrecke von den beiden Löschbooten auf dem Rhein über Zwischenpumpen bis an die Einsatzstelle aufgebaut worden.

Als auch 100 Kubikmeter Schaummittel vor Ort gewesen seien, sei um 23.40 Uhr der Löschangriff begonnen worden. Aufgrund des massiven Löschangriffes mit zwei starken Werfern und einer Teleskopmastbühne sei das Feuer in etwa 20 Minuten gelöscht worden. Da es immer wieder aufflackerte und im Ringspalt gerade aus diesem Bereich immer wieder Flammen empor schlugen, sei der Löschvorgang in den folgenden eineinhalb Stunden immer wieder fortgeführt worden. Von diesem Zeitpunkt an kühlte der heiße Tank ab.

Wenn die Schaumdecke aufriss, sei es zu kurzzeitigen Emissionen gekommen. Daher und da der Wind am Morgen relativ stark geworden sei, seien noch mal speziell für Worringen Lautsprecherwarnungen und Radiodurchsagen durchgegeben worden.

Ab Donnerstag seien Umpumparbeiten durchgeführt worden. Zunächst sei aus dem Bereich des Ringspaltes und später der gesamte Tank in den Nachbar-tank umgepumpt worden. Dies sei immer in Begleitung durch die Werkfeuerwehr und unterstützt durch die Berufsfeuerwehr durchgeführt worden. Insgesamt seien 1.200 Einsatzkräfte eingesetzt gewesen, 600 im Werk und 600 außerhalb des Werkes, weil auch außerhalb des Werkes die Messungen durchgeführt werden mussten. Zudem hätten auch die leer stehenden Wachen der Berufsfeuerwehr wieder durch Feuerwehren aus dem ganzen Umland besetzt werden müssen.

Herr Manfred Richter, Abteilungsleiter Umwelt bei der Bezirksregierung Köln

Herr Richter informiert anfangs über die verschiedenen Funktionen der Bezirksregierung in vorliegendem Fall. Zunächst habe man die Aufsicht über Feuerwehr und Gesundheitswesen. Hier sei die Stadt Köln in vorderster Linie tätig. Dann habe man auch die Funktion der Umweltbehörde, Genehmigungs- und Überwachungsbehörde in Bezug auf Pipeline und Tanklager inne.

Von Beginn des Ereignisses seien Mitarbeiter der Bezirksregierung vor Ort gewesen. Diese hätten die Messwerte, die man von Feuerwehr und anderen erhielt, sofort dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz zugänglich gemacht mit der Bitte, eine erste Auswertung vorzunehmen.

In der Folgezeit habe man, auch zusammen mit dem Anlagenbetreiber, festgelegt, wo Boden- und Pflanzenproben zu entnehmen sind. Deren Ergebnisse habe man dann ebenfalls dem Landesamt mit der Bitte um Auswertung zugeschickt.

Herr Richter betont, die Bezirksregierung habe zusammen mit INEOS festgelegt, dass zwei unabhängige Gutachter die Ursachen ermitteln sollen. Die Ursachen für diesen Schadensfall würden die Bezirksregierung möglicherweise in der Zukunft noch erheblich beschäftigen. Je nachdem was festgestellt werde, handle es sich möglicherweise auch um systemische Fehler, um Schwachstellen, die in der Prognose, die der Genehmigung zugrunde lag, nicht vorhersehbar gewesen seien, aber für die Zukunft relevant sein könnten.

Wenn sich herausstellen sollte, dass konstruktionsbedingte Mängel in der Konfiguration der Pipeline, Abschiebeeinrichtung an der Pipeline, am Tanklager oder räumliche Entfernung des Ganzen voneinander oder schließlich verwendete Flansche an der Pipeline eine Rolle spielen sollten, werde dies dazu führen, dass die Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde nicht nur im Verhältnis zur Firma INEOS andere Dinge fordern müsse. Man müsste dann im Grunde den ganzen Chemiegürtel unter diesen Aspekten betrachten, um herauszufinden, wo es ähnliche Konfigurationen geben könne.

Der andere Extremfall wäre schlicht ein Fehler, der mit der Konstruktion nichts zu tun habe. Dieser Schluss könne jedoch erst nach den beiden Gutachten gezogen werden, die nach Einschätzung der Bezirksregierung noch eine gewisse Zeit benötigten. Man nehme diesen Fall jedoch sehr ernst und sei entschlossen, die nötigen Schlussfolgerungen alsbald zu ziehen. Dies werde natürlich auch die Öffentlichkeit erfahren.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Richter für die klaren Worte.

Herr Egon Falkenberg, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV)

Herr Falkenberg unterrichtet die Anwesenden über die Vorgehensweise des LANUV bei vergleichbaren Ereignissen und bestätigt das gleiche Vorgehen bei dem Störfall in Worringen.

Der Sondereinsatzdienst des LANUV sei vor Ort gewesen und habe Messungen in zwei Phasen durchgeführt. Zunächst sei in der Brandphase gemessen worden. In dieser Phase seien, da die Rauchfahne relativ hoch weggetrieben worden sei, keine auffälligen Messergebnisse festgestellt worden, auch nicht an den umgebenden Stationen, die das LANUV in der Nähe betreibe.

In der Phase während Acrylnitril abgedampft sei, habe man auch dort, ebenso wie die Feuerwehren, gemessen und habe am Mittag des 18. März eine erste Bewertung abgegeben. Man sei dabei von einem höchsten Mittelwert über 8 Stunden von 7 ppm ausgegangen.

Wie sich nachher herausgestellt habe, und wie man vorher bereits vermutet hatte, sei dieser Messwert sehr hoch abgeschätzt gewesen. In dem Messwert seien auch Spitzenwerte von 20 ppm enthalten gewesen. Diese seien jedoch für die Bewertung nicht ausschlaggebend, sondern daraus müsse, um das mit Grenzwerten vergleichen zu können, ein Mittelwert gebildet werden.

Man habe auf der Basis des konservativ abgeschätzten Mittelwertes von 7 ppm Empfehlungen herausgegeben. Diese Empfehlungen bestätigten jedoch nur das, was bisher schon veranlasst worden sei, nämlich alle Fenster und Türen zu schließen, Aufenthalte im Freien zu vermeiden und wenn akut doch jemand draußen gewesen sein sollte, die Kleidung zu wechseln und zu waschen.

Diese Bewertung sei ins Internet eingestellt worden, so dass sich die Öffentlichkeit auch hierüber informieren konnte. Man habe zudem am 07. April eine abschließende Bewertung zur Luftfahrt abgegeben, die ebenfalls ins Internet eingestellt worden sei.

Insgesamt seien 175 gemessene Acrylnitrilkonzentrationen ausgewertet worden, sowohl die des LANUV, als auch die der Feuerwehren. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass es einen höchsten Einstundenmittelwert von etwa 10 ppm gegeben habe und einen höchsten Gesamtmittelwert für 120 Stunden von etwa 1,7 ppm. Der höchste Einstundenmittelwert diene dazu, die toxische Wirkung des Acrylnitrils zu beurteilen und der höchste Gesamtmittelwert diene dazu, die cancerogene Wirkung zu beurteilen.

Der toxische Einstundenmittelwert werde mit dem sogenannten ERPG 2-Wert¹ verglichen, das seien 35 Mikrogramm. Wenn ein höchster Einstundenmittelwert von 10 ppm bestanden habe, sei kein irreversibler Schaden zu erwarten. Das Gleiche gelte für den höchsten Gesamtmittelwert von etwa 1,7 ppm.

Wenn man dieses Ergebnis mit einem anderen cancerogenen Stoff wie Benzol vergleiche, liege der Emissionswert für Benzol als Gesamtmittelwert ungefähr doppelt so hoch, sodass aus den beiden Werten des Acrylnitrils kein irreversibler Schaden für die Bevölkerung zu erwarten sei.

Herr Dr. Jan Leidel, Leiter Gesundheitsamt der Stadt Köln

Herr Dr. Leidel berichtet, dass das Gesundheitsamt eine erste Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen zur Pressekonferenz vom 02. April vorgenommen habe. Die Bewertung habe damals noch auf einer vorläufigen Datenbasis beruht. Die in der Zwischenzeit neu hinzu gekommenen Bewertungen und Daten bestätigten die Aussage des Gesundheitsamtes vom 02. April. Durch verschiedene - auch zum Teil glückliche - Umstände habe es keine Situation gegeben, in der die Bevölkerung der umliegenden Wohngebiete von einer akuten Vergiftung durch das Acrylnitril bedroht gewesen sei.

Der höchste Stundenmittelwert sei bereits genannt worden. Die drei Spitzenwerte von 20 ppm, von über 20 ppm und von 18 ppm passten jedoch nicht so recht in das Gesamtraster der gemessenen Werte.

Herr Dr. Leidel macht anschließend deutlich, weshalb die unterschiedlichen Messwerte so schwer zu interpretieren seien.

Der Wert von 18 ppm sei am Nachmittag des 18. März gemessen worden und zwar unmittelbar in der Nähe des Schadensortes, wo keine Zugänglichkeit für die Bevölkerung bestand.

Am 18. März um 04.40 Uhr sei an dem Messort "Alte Straße/ Further Weg" ein Wert von 0 ppm gemessen worden. Um 04.44 Uhr sei ganz in der Nähe davon an dem Messort "Hackhauser Weg/ Widdeshover Weg" ein "Vollausschlag" gemeldet worden. Dies sei ein Wert, den man als über 20 ppm bezeichnen müsse. Am Messort "Alte Straße/Hackhauser Weg", ebenfalls ganz in der Nähe, sei um 04.50 Uhr ein Wert von 1 ppm gemessen worden.

¹ Emergency Response Planning Guidelines

ERPG-2 Toxizitätswert

Der ERPG-2 Wert ist die maximale Gaskonzentration, bei der davon ausgegangen wird, dass unterhalb dieses Wertes beinahe sämtliche Personen bis zu einer Stunde lang exponiert werden können, ohne dass sie unter irreversiblen oder sonstigen schwerwiegenden gesundheitlichen Auswirkungen oder Symptomen leiden bzw. sich solche entwickeln, die die Fähigkeit einer Person beeinträchtigen können, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Man habe zunächst die These aufgestellt, dass vielleicht durch Aufreißen der Schwertschaumdecke plötzlich gewisse Mengen von Acrylnitril hätten entweichen können. Aber selbst wenn man das unterstelle, sei die zeitliche und örtliche Abfolge dieser Messergebnisse sehr schwierig zu interpretieren.

Bei dem zweiten hohen Wert sehe es ganz ähnlich aus. Am Messort "Alte Straße/Hackhauser Weg" sei um 04.05 Uhr ein Wert von 20 ppm gemessen worden. Um 03.30 Uhr seien beim nahe gelegenen Messort "Alte Straße/Further Weg" 0 ppm gemessen worden. Um 04.50 Uhr lag der Wert dort wieder bei 1 ppm.

Unabhängig davon, ob diese hohen Werte tatsächliche kurzzeitig aufgetretene Spitzenbelastungen darstellten oder ob es sich um Fehlmessungen gehandelt habe, was auch möglich sei, sei eine akute toxische Gefährdung, also eine akute Giftwirkung auf die Bevölkerung, nicht zu befürchten gewesen.

Zu dem langfristigen gesundheitlichen Risiko, dem Risiko der Krebsentstehung, sei das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz zu dem Ergebnis gekommen, dass hier ein erhöhtes Krebsrisiko vorgelegen haben mag. Dieses Risiko werde abgeschätzt in einer Größenordnung von 1 : 50.000, das bedeutet, von 50.000 Personen, die dieser Belastung ausgesetzt waren, werde eine Person zusätzlich im Laufe ihres Lebens an Krebs erkranken. Dies sei jedoch weder nachweis- noch belegbar. Tatsächlich exponiert sei eine Bevölkerungszahl von etwas unter 9.000 Menschen gewesen. Ein individuelles gesundheitliches Risiko sei daraus auf keinen Fall abzuleiten.

Im weiteren Sitzungsverlauf erläutert Herr Dr. Leidel kurz die Auswirkungen des Ereignisses auf die Flächen, auf denen Kinder spielen bzw. Gemüse oder andere Nahrungsmittel angebaut werden. Anhand einer ganzen Reihe von Untersuchungen sowohl von Boden- als auch von Pflanzenproben sei man sicher, dass Kinder unbesorgt auf den Freiflächen spielen können und dass Kleingartenbesitzer die Früchte, die sie in ihrem Garten ziehen, ohne irgendwelche Bedenken genießen können, da in keiner dieser Proben Acrylnitril nachgewiesen werden können.

Abschließend geht Herr Dr. Leidel auf die Frage der Beeinträchtigung des Grund- und des Trinkwassers ein.

Anhand aller Bewertungsunterlagen gehe man von keiner Beeinträchtigung des Grund- und Trinkwassers aus. Das mit Acrylnitril belastete Löschwasser sei über die werkseigene Kläranlage, die auf solche Situationen eingerichtet sei, entsorgt worden. Beim Ablauf der Kläranlage seien die gesetzlich zulässigen Werte nie überschritten worden. Auf die Böden sei offensichtlich sehr wenig aufgebracht worden, da man wenige Tage nach dem Ereignis nichts mehr in den Böden gefunden habe. Der Schadensort liege deutlich außerhalb der Wasserschutzzone des Wasserwerkes Weiler und die Anströmrichtung auf das Wasserwerk sei entgegengesetzt zu der Zugrichtung der Rauchwolke.

Außerdem förderten die umliegenden Industrieanlagen große Wassermengen, die, selbst wenn etwas in der Gegend des Schadensortes ins Grundwasser gelangt sein sollte, zuverlässig verhinderten, dass dies in Richtung Wasserwerk verbracht werden könne. Übereinstimmend mit der Rhein-Energie sehe man hier keinerlei Gefahr für die Trinkwasserversorgung, werde dies aber im Benehmen mit der Rhein-Energie durch entsprechende Untersuchungen belegen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Dr. Leidel, bittet aber, im weiteren Sitzungsverlauf genauer auf die Zugrundelegung von Mittelwerten einzugehen.

Herr Dr. Michael Paul, Mitglied des Rates und des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Herr Dr. Paul betont, es sei wichtig, zunächst einmal die Sachverhalte aufzuklären und Transparenz zu schaffen. Insofern begrüße er es außerordentlich, dass alle Beteiligten mit Ausnahme der Polizei der Einladung gefolgt seien, um mit ihren Aussagen zur Sachverhaltsaufklärung beizutragen. Außerdem bedankt er sich bei der Verwaltung für die Organisation der Sitzung.

Er bedauere, dass die Antworten als Tischvorlage umgedruckt seien, da es sich um eine recht ausführliche 13-seitige Stellungnahme der Verwaltung handle.²

Anschließend kommt er auf die zwei noch zu erstellenden unabhängigen Gutachten zu sprechen. Durch diese werde man in die Lage versetzt, festzustellen, was genau passiert sei. Hier müsse sicherlich angesetzt und eine sehr kritische Analyse getroffen werden. Gegebenenfalls müssten dann die notwendigen Konsequenzen, einmal durch die Bezirksregierung, aber möglicherweise auch durch die Stadt Köln, gezogen werden.

Aus der Tischvorlage gehe hervor, dass insgesamt 3 Stunden und 19 Minuten vergangen seien zwischen der Feststellung der Stufe „D3“ und der Alarmierung der Bevölkerung durch Lautsprecher. Herr Dr. Paul fragt, wie eine derart lange Zeit zu erklären sei. Er gehe davon aus, wenn Stufe „D3“ ausgelöst werde, werde die Bevölkerung unverzüglich alarmiert.

Frau Dagmar Paffen, Mitglied des Rates und in Vertretung für Frau Frebel

Frau Paffen, die selbst in diesem Ortsteil lebt, schildert das Geschehen vom 17.03.2008 und den Tagen danach aus der Sicht der vor Ort lebenden Worringer, Roggendorfer und Thenhovener.

Gefühle, wie Verängstigung und Unsicherheit direkt nach Ausbruch des Brandes seien durch die schlechte Kommunikation und widersprüchliche Aussagen noch verstärkt worden. Als Beispiel nennt Frau Paffen Anweisungen gegenüber Anwohnern, mit dem Pkw nicht in den Ort zu fahren, aber zu Fuß weiter gehen zu dürfen. Eine ausreichende Erklärung sei nicht abgegeben worden. Auch die KVB habe mit ihren Bussen teilweise nur bis zum Mennweg fahren können. Eine S-Bahn sei gar nicht gefahren, so dass die Menschen oft auf der Straße gestanden hätten.

Man habe den Feuerschein, die schwarze Rauchwolke und den Hubschrauber kreisen gesehen, habe die Sirenen der zahlreichen Fahrzeuge gehört, jedoch keine Informationen erhalten.

Am Dienstagmorgen hätten viele Bewohner im Radio gehört, dass alles wieder in Ordnung sei und das Feuer gelöscht wäre. Kurze Zeit später sei im Radio oder per Lautsprecherwagen zumindest im Ortskern von Worringen die Ansage gemacht worden, dass Türen und Fenster geschlossen bleiben und die Menschen die Häuser nicht verlassen sollten. Die Kindertagesstätten seien jedoch geöffnet gewesen. Frau Paffen kritisiert, weshalb auch hier wieder diese widersprüchlichen Aussagen gemacht worden seien.

Wenn man nach Roggendorf/Thenhoven oder Worringen fahren wollte, sei man von höflichen Polizisten gebeten worden, die Fenster zu schließen, die Lüftung auszuschalten und sich möglichst nur kurze Zeit im Freien aufzuhalten. Die Polizei habe jedoch viele Stunden ohne Schutz auf der Straße gestanden, was nicht sein dürfe. Auch die Polizei-Gewerkschaft fordere mittlerweile einen ausreichenden Schutz.

² Die Beantwortung wurde dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anschließend stellt Frau Paffen eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung die Menschen vor Ort interessiere.³

Frau Paffen resümiert, die Einsatzkräfte von INEOS, der Feuerwehr und der Polizei hätten gute Arbeit geleistet und bedankt sich im Namen der Bevölkerung noch einmal recht herzlich. Hinsichtlich der Kommunikation zwischen der Bezirksregierung, den städtischen Ämtern und INEOS bestehe noch erheblicher Abstimmungsbedarf. Sie alle hofften, dass dieses für die Bevölkerung schlimme Ereignis auch zu etwas Positivem, nämlich einer besseren Abstimmung zwischen allen Beteiligten, führe.

Abschließend formuliert Frau Paffen in Richtung des Kölner Oberbürgermeisters kritisch, dass es schön gewesen wäre, wenn er sich in der ersten Lage vor Ort selbst einmal ein Bild von der Situation gemacht und mit den Menschen gesprochen hätte. Sie richtet an INEOS die Bitte, den Sand in den Kindertagesstätten, dem Kriebelshof und auf den Spielplätzen auszutauschen. Auch wenn der Sand nicht belastet sei, fühlten sich die Eltern mit ihren Kindern einfach besser. Sie bittet die Verwaltung, nach Abschluss aller Prüfungen, die Messergebnisse mit allen Daten und Fakten sowohl der Politik als auch der interessierten Bevölkerung in einem Bericht darzustellen.

Frau Dr. Sabine Müller, Mitglied des Rates und des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Dr. Müller begrüßt die von der Verwaltung vorgelegte Beantwortung der Anfragen und die Ankündigung eines umfangreichen Berichtes. Dennoch sei sie dankbar, wenn die Firma INEOS ebenso wie der Vertreter des LANUV auf die noch offenen Fragen eingingen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle sich die Frage, ob das Restrisiko, das hier in Kauf genommen werden müsse, tolerierbar sei und ob dieses Restrisiko nicht steigen werde, aufgrund der Anforderungen und des enormen Wettbewerbsdrucks auf die weltweite Chemische Industrie.

Sie wolle deshalb auf zwei Punkte noch mal eingehen. Der erste Punkt sei das Thema Evakuierung. Dazu sollte Herr Dr. Leidel noch einige Aussagen machen. Es sei gesagt worden, dass mindestens vier Familien am Nachmittag des 17. März evakuiert worden seien. Es habe also doch Kriterien gegeben, die zu einer Evakuierung führten. Das habe natürlich Irritationen in der Bevölkerung ausgelöst. Warum seien Evakuierungen durchgeführt worden und warum eben in diesem geringen Umfang? Wäre es logistisch möglich gewesen, situationsbedingt eine größere Evakuierung durchzuführen? War man darauf vorbereitet?

Die zweite Frage gehe an die Bezirksregierung. Warum habe die Pipeline so lange gebrannt? Warum sei es nicht möglich gewesen, dieses Leck in der Pipeline entsprechend zu behandeln?

Auch wundere sie sich darüber, dass es der Feuerwehr nicht gelungen sei, den Übergriff des Brandes auf den Tank zu verhindern. Nach den Informationen, die im Umweltausschuss des Landtages am 09. April gegeben worden seien, habe man sofort mit der Kühlung des nahe gelegenen Tanks begonnen, was jedoch erfolglos gewesen sei. Hier erwarte sie von der Feuerwehr noch Aussagen.

Zur Informationspolitik äußert sich Frau Dr. Müller wie folgt: Aus den Reihen der Bevölkerung wurde bekannt, dass die Durchsagen, die die Feuerwehr am Dienstag gegeben habe, relativ nutzlos waren. Die angegebene Ruf-Nummer war nicht erreichbar. Die dann bei der Polizei gestellten Fragen wurden abgewiegelt mit dem Hinweis, dass keine Auskunft gegeben werden könne. Die Bevölkerung wurde in ihrer Informationsnot allein gelassen.

³ Die Fragen von Frau Paffen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Ziya Cicek, Sachkundiger Einwohner des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Herr Cicek möchte für die FDP-Fraktion wissen, ob das Messverhalten und Messverfahren für Acrylnitril normiert sei und ob es Standards gebe. In welcher Höhe werden die Messungen vorgenommen?

Die Ausführungen von Herrn Dr. Leidel könne er zum Teil nicht nachvollziehen. Stimme es, dass die komplette Montur der Einsatzleitungen entsorgt wurde? Wenn ja, bestand dann doch Gefahr? Außerdem möchte er wissen, ob die Stadt überlege, ihre Politik bei der Umsetzung des Abstandserlasses in der Stadtplanung zu ändern, bzw. wurden die Abstände entsprechend eingehalten?

Wegen der Besonderheit der heutigen Sitzung, erteilt der Ausschussvorsitzende Herr Bacher Frau Petra May das Wort.

Frau Petra May, Mitglied des Rates der Stadt Köln

Frau May weist darauf hin, dass sie für die nächste Ratssitzung zu diesem Thema einen Antrag auf Einrichtung eines Runden Tisches gestellt habe.

Außerdem möchte sie wissen, wem diese Pipeline gehöre. An die Bezirksregierung gerichtet fragt sie, ob die in Auftrag gegebenen Gutachten nach Erstellung öffentlich zugänglich seien und wer Ansprechpartner für weitere Informationen sei.

Frau Dr. Sabine Müller, Mitglied des Rates und des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Dr. Müller möchte noch ergänzend wissen, welche von den von der Bezirksregierung aufgeführten vier Fernrohrleitungen regional und überregional seien.

Frau Dagmar Paffen, Mitglied des Rates und in Vertretung für Frau Frebel

Frau Paffen fragt die Vertreter der Bezirksregierung, ob und wann ein Pipelinekataster für ganz NRW erstellt werde.

Ausschussvorsitzender Herr Bacher erteilt dem stellvertretendem Bezirksbürgermeister Herrn Hanfland das Wort, da er in Angelegenheiten des Bezirkes auch ein Rederecht im Ausschuss habe.

Herr Bernhard Hanfland, stellvertretender Bezirksbürgermeister

Herr Hanfland bittet die Firma INEOS um Stellungnahme zu den Vorwürfen, die seit dem 01. April auf der Internetausgabe der Neuss-Grevenbroicher Zeitung erhoben werden. Überschrift: Katastrophale Zustände. Hier werde insbesondere bemängelt, dass die Ausstattung der Einsatzzentrale mit nur einem Telefon völlig unzureichend war, dass die Zusammenarbeit mit den Berufsfeuerwehren völlig unzulänglich war, usw. usw. Der Bericht läge der Firma seit dem 03. April vor und bisher sei keine Antwort erfolgt.

Das gleiche gelte für die Antwort auf die Fragen, die unter anderem der Bürgerverein der Firma INEOS am 02. April hat zukommen lassen. Er zitiert: Seitdem INEOS den Standort übernommen habe, ergaben sich gehäuft Verpuffungen, Fackeltätigkeiten, Explosionen in

den Polyethylenanlagen, Unfälle bei Mitarbeitern, Burnout-Fälle usw. Ihm dränge sich der Verdacht auf, dass hier auf Kosten der Sicherheit und einer optimalen Instandhaltungspolitik Einsparungen erfolgen müssen, damit INEOS ihren hohen Zinsverpflichtungen nachkommen könne. Wie wolle das Unternehmen diese Zweifel ausräumen?

In diesem Zusammenhang interessiere auch, wofür INEOS die 150 Mio. Investitionen pro Jahr ausgegeben habe. Nach seinen Informationen gab es einen Personalabbau. Da läge der Verdacht nahe, dass auch im Sicherheitsbereich gespart werde und dass es den erforderlichen Sicherheitszustand nicht gäbe.

Abschließend möchte Herr Hanfland wissen, wie bei derartigen Störfällen Familien mit schulpflichtigen Kindern zuverlässige Informationen bekommen können, damit sie eine Entscheidungsgrundlage haben, ob sie ihre Kinder zur Schule gehen lassen oder nicht. Das sei beim Störfall 1999 nicht geklärt gewesen und sei heute noch immer so. Zusammenfassend ergäbe sich für ihn die Schlussfolgerung, die Sicherheitslage habe sich seit 1999 bei INEOS nicht verbessert sondern eher verschlechtert.

Ausschussvorsitzender Herr Bacher schließt die erste Runde und gibt der Verwaltung und den externen Fachleuten die Möglichkeit, zu den neuen Fragen kurz Stellung zu nehmen.

Herr Stadtkämmerer Soénius schlägt vor, dass die Firma INEOS und das LANUV die noch offenen Fragen der Tischvorlage beantworten, damit dann der Antwortkatalog abschließend vorliege. Die Verwaltung beabsichtige einen Gesamtbericht vorzulegen, in dem sämtliche Fragen und Antworten aufgeführt seien.

Herr Dr. Jan Leidel, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Köln

Herr Dr. Leidel erläutert, dass die Dauer, der ein Mensch einer bestimmten Schädigungseinwirkung ausgesetzt sei, eine Rolle spiele. Wenn man die ERPG-2 Werte, das sei ein Bemessungskriterium, das bei Störfällen angewendet werde, zugrunde lege, dann können Menschen 10 Minuten lang 290 ppm ausgesetzt werden, ohne dass mit schwerwiegenden oder gar bleibenden Schädigungen gerechnet werden müsste. Innerhalb von 30 Minuten dürfen es nur 110 ppm sein, in einer Stunde nur 57 ppm und in 8 Stunden nur 8,6 ppm. Da spiele es schon eine Rolle, wie hoch die Durchschnittswerte während der Gesamtzeit waren. Nebenprodukte seien ebenfalls gemessen worden. Die gefährlichsten seien Blausäure und Stickoxide. Alle Messergebnisse, die dem Gesundheitsamt vorlägen, lassen kein gesundheitliches Risiko für die Bevölkerung erkennen. Es wurde nicht nur auf Acrylnitril gemessen sondern auch auf Verbrennungsprodukte. Im Löschschaum wurde kein Acrylnitril gefunden.

Herr Dr. Leidel führt weiter aus, die angesprochene Wassergefährdung sei vorhanden. Acrylnitril baue sich im Wasser nur recht langsam ab. 10 % in 28 Tagen. Aber bevor das ausgetretene Acrylnitril ins Grundwasser gelange, dauere es viele Tage, einige Wochen. Im Boden baue sich Acrylnitril jedoch sehr schnell ab; die Hälfte pro Tag. Im Übrigen spiele bei der Wassersituation die Fließrichtung eine ganz erhebliche Rolle und die sei in der Bewertung berücksichtigt.

Herrn Dr. Leidel habe der Vorwurf sehr getroffen, man habe den Menschen die Entscheidungen nicht überlassen, ob sie von sich aus den Schadensort verlassen können oder nicht. Hierzu stelle er fest, dass natürlich niemandem verwehrt wurde, Worringen zu verlassen. Er halte es für problematisch, dass er sofort jeden Wert hätte kommunizieren müssen, den das Gesundheitsamt selbst noch nicht interpretieren konnte. Er sei Arzt und habe sehr viel Erfahrung in der Kommunikation von Untersuchungsbefunden und Laborergebnissen und er hielte es für unärztlich und unethisch, Menschen mit nicht unter einem Gesamtbild bewerteten Befunden zu konfrontieren und dann allein zu lassen. Hätte das Gesundheitsamt in die-

ser Situation die Menschen morgens zwischen 4.00 und 5.00 Uhr aus dem Schlaf holen sollen, weil ein Messergebnis aus dem Gesamtergebnis völlig ausriss, und das nur für kurze Dauer Bestand hatte? Dann wäre sicher diesen Menschen mehr geschadet als genutzt worden.

Von Teilevakuierungen hatte Herr Dr. Leidel keine Kenntnis. Die Frage einer möglichen Evakuierung sei tatsächlich erörtert worden. Vorbereitungen dafür seien getroffen worden. Der Leiter der Wohnungswirtschaftsbetriebe war vor Ort. Es sei immer eine etwas schwierige Entscheidung, ob man nun tatsächlich evakuieren. Bei den real vorhandenen Messergebnissen wäre eine Evakuierung die falsche Entscheidung gewesen. Da war der Rat richtig, in den Räumen zu bleiben und die Fenster und Türen zu schließen.

Zum Schutz der Polizei erläutert Herr Dr. Leidel, dass bei 20 ppm die Einsatzkräfte Schutzkleidung tragen müssen. Dieser Wert war unterschritten gewesen und deswegen bestand weder für die Einsatzkräfte der Feuerwehr noch für die Polizei die Notwendigkeit eines solchen Schutzes.

Die Frage, ob die Geräte auch höhere Werte messen können, bejaht Herr Dr. Leidel. Allerdings sei dies unter den Einsatzbedingungen etwas schwierig gewesen. Es gab keine Laborsituation, sondern man befand sich in einer hochkritischen Situation. Es seien überwiegend Messröhrchen zum Einsatz gekommen, die bis 20 ppm messen können. Es gäbe auch Röhrchen, die von 5 bis 30 ppm Ergebnisse anzeigen. Auch die seien zum Einsatz gekommen; leider nicht bei den beiden ungeklärten schwer interpretierbaren Messvorgängen.

Herr Dr. Patrick Giefers, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der Firma INEOS

Bevor Herr Dr. Giefers die noch offenen Fragen der Tischvorlage beantwortet, weist er auf das Stichwortregister hin, dass ab 15.04.2008 auf der Internet-Seite von INEOS zur Verfügung stehen werde. Er betont, dass versucht wurde, die über 200 Fragen in Blöcke zu fassen und mit Stichworten zu versehen. Sofern nicht alle Fragen dort erfasst seien, sollten die noch offenen Fragen per E-Mail oder Brief an das Unternehmen gestellt werden.

Er kommt nun zur Beantwortung der Fragen aus der Tischvorlage.

Frage 8:

Ist es richtig, dass bei INEOS immer mehr Mitarbeiter eingespart werden und dies auf Kosten der Erfahrung und Gesundheit geht?

Herr Dr. Giefers führt aus, dass INEOS sehr stolz darauf sei, dass die Unfallzahlen bei den Mitarbeitern in den letzten 5, 6, 7 Jahren deutlich nach unten gegangen seien. Sicherheit habe bei INEOS, wie auch bei den Voreigentümern, absolute Priorität. Natürlich müssen Kosten im weltweiten Wettbewerb reduziert werden. Ständig werde gegen Preissteigerungen gekämpft. Stichwort sei der gestiegene Ölpreis. Aber es sei gerade nicht Sinn der Sache, Mitarbeiter einzusparen sondern Kosten zu senken, in dem zum Beispiel Tätigkeiten, die sonst Dritte durchführen, selbst gemacht werden.

Die Fluktuation bei den Mitarbeitern liege unter 1 %, d. h., alle Mitarbeiter haben eine lange Erfahrung und seien teilweise Jahrzehnte im Unternehmen und würden ihren sicheren Arbeitsplatz schätzen.

Zum Thema Ausbildung weist Herr Dr. Giefers darauf hin, dass INEOS eigene Ausbildungsmerkmale habe, die über den tarifvertraglichen Vorgaben lägen. Das hieße, dass junge Leute von Anfang an in ihrer Ausbildung die Sicherheitsphilosophien des Sicherheitskonzeptes des Unternehmens lernen. Der Nachwuchs werde auch zu 99 % übernommen und sei INEOS seit Jahren treu geblieben.

Ergänzend führt Herr Dr. Giefers aus, dass Sicherheit und wirtschaftlicher Vorteil kein Widerspruch sein müssten, sondern im Gegenteil. Wenn jemand hier die Vermutung habe, dass, um die Gewinne zu erhöhen, bei den Sicherheitsvorkehrungen eingespart werde, irre er. Damit ein Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich sei, müsse selbstverständlich in die Sicherheit investiert werden.

Frage 11:

Auch 14 Tage nach dem Vorfall wurde die Zufahrt zum Golfplatz und in Richtung Dormagen durch den Werksschutz gesperrt. Warum ist dies geschehen? Warum wurden die Anwohner, die diese Zufahrt benutzen, nicht entsprechend informiert? Was ist mit dem Weg am Randkanal, der ebenfalls noch nicht freigegeben ist?

Herr Dr. Giefers antwortet wie folgt:

Die Straße Richtung Golfplatz und Richtung Dormagen sei Werkfeuerwehr-Einsatzgebiet, insofern entscheide die Werkfeuerwehr über eine Sperrung. Die Straße sei inzwischen wieder offen. Die Sperrung sei jedoch deutlich ausgeschildert gewesen.

Der Weg am Randkanal müsse leider weiterhin gesperrt bleiben, weil aufgrund der Abrissarbeiten es aus Sicherheitsgründen nicht zu vertreten sei, wenn die Sperrung aufgehoben würde. Der Bereich der Absperrungen sei auch ausführlich im vorhin zitierten Stichwortregister aufgeführt.

Frage 14:

Welche Anstrengungen unternimmt das Werk INEOS für die Zukunft? Was geschieht mit der Pipeline bzw. werden die Kessel, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Pipeline befinden, zukünftig nicht mehr mit gefährlichen Stoffen gefüllt?

Nach Aussagen von Herrn Dr. Giefers werde INEOS weiterhin in die Sicherheit und in die Anlagen in großem Umfange investieren.

Darüber hinaus sei abzuwarten, was die Gutachten ergeben werden.

Frage 15:

Stellt INEOS zukünftig (wann) der gesamten Anwohnerschaft Schutzanzüge, Gasmasken etc. zur Verfügung?

Das werde das Unternehmen nicht tun, weil die Firmen-Philosophie eine andere sei. Die Anlagen sollen sicher sein. Außerdem sähe Herr Dr. Giefers keinen Sinn darin, jetzt die ganze Bevölkerung mit Schutzanzügen und Gasmasken zu versorgen.

Frage 16:

Kommt INEOS für die Wertverluste der Eigentümer von Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen auf?

Auch hier solle erst mal abgewartet werden, welche Ursache letztlich zu dem Vorfall geführt habe und wie die Haftungslage nachher sei. Es sei aber auch juristisch schwer vertretbar, einen Wertverlust für Häuser und Grundstücke als Anspruch hier zu begründen.

Frage 31:

Stammen die Messungen von anerkannten Messinstituten, ggfs. mit welcher Qualifikation?

Die Unternehmen, die die Messungen vorgenommen haben, wurden von den zuständigen Behörden festgelegt. INEOS gehe davon aus, dass diese Institutionen auch die richtigen Qualifikationen haben.

Frage 34:

Gibt es seitens der Firma INEOS einen Sicherheitsbericht, den wir Bürger einsehen können?

Der Sicherheitsbericht liege dem Unternehmen und den Behörden vor und könne bei INEOS auch eingesehen werden.

Frage 39:

Warum wird die Firma INEOS erst so spät am 28.05.2008 die Bürger informieren?

Herr Dr. Giefers erklärt, dass dieser Termin auf Wunsch des Bürgervereins Worringen zustande kam. Sicherlich sei ein wenig Abstand zum Geschehen vorteilhaft, um mit einem etwas distanzierten Blick auf beiden Seiten, die Fragen aus der Bevölkerung in einem Bürgerforum zu beantworten.

Herr Dr. Hans-Jürgen Bister, Geschäftsführer der Firma INEOS

Herr Dr. Bister nimmt abschließend zu dem Artikel in der Neuss-Grevenbroicher Zeitung Stellung. Dieser Artikel habe sowohl die Geschäftsführung als auch die Mitarbeiter verärgert. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Verfasser dieses Artikels bei INEOS nachgefragt hätte, um dann auch die Firmenmeinung mit aufzunehmen. Der Artikel hätte dann evtl. insgesamt eine andere Darstellung erfahren.

Grundsätzlich gehe es in dem Artikel darum, wie in einem solchen Großschadensereignis die gesamte Einsatzleitung organisiert sei. Für derartige Fälle gäbe es entsprechende Gefahrenabwehrpläne bei der Werkfeuerwehr. Diese Feuerwehr habe die Einsatzleitung am Chemiestandort und koordiniere alles was notwendig sei.

Zusätzlich gab es noch andere kleinere Einsatzleitstellen, z.B. bei der Berufsfeuerwehr in Köln und bei der Feuerwehr in Dormagen. Darüber hinaus koordinierte in der Produktionszentrale ein Stab von Mitarbeitern die Abläufe, um sicher zu stellen, dass die anderen Anlagen von so einem Ereignis nicht über Gebühr beeinflusst werden.

Abgesehen davon sei die Darstellung, dass es bei INEOS in der Produktionszentrale nur ein Telefon gäbe, völlig aus der Luft gegriffen. Mindestens zwanzig Telefone und auch ein Internetanschluss seien dort installiert.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bacher bedankt sich bei den beiden Geschäftsführern, bittet aber, noch auf die Besitzverhältnisse der Pipeline einzugehen.

Nach Aussage von Herrn Dr. Bister handele es sich um eine europäische Pipeline, die sich von Antwerpen bis nach Marl im Nordosten und im Süden bis nach Ludwigshafen erstrecke. Betreiber sei die Aethylen-Rohrleitungsgesellschaft (ARG). Die Leitung führe zu Teilen über das Werksgelände von INEOS.

Zur Beantwortung der weiteren Fragen erteilt der Ausschussvorsitzende Herr Bacher Herrn Egon Falkenberg, Abteilungsleiter Anlagentechnik und Kreislaufwirtschaft, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) das Wort.

Herr Falkenberg erläutert zunächst die Blausäuremessungen, die überwiegend 0 ppm ergeben hätten. Allerdings gäbe es einzelne Aussagen zu Werten, die kleiner als 2 ppm waren. Wie Herr Dr. Leidel schon ausgeführt habe, müssen Mittelwerte gebildet werden. Dieser Mittelwert sei nicht höher als diese 2 ppm gewesen. Werde dieser Wert mit dem bereits erwähnten ERPG 2 Wert, das sind 10 ppm, verglichen, sei davon auszugehen, dass Blausäure hier keine Rolle gespielt habe.

Herr Falkenberg führt weiter aus, dass das Messverfahren für Acrylnitril ein Standardverfahren sei, das auch vom LANUV angewendet werde. Vor Ort könne nur dieses Verfahren zum Einsatz kommen, weil die Geräte, die sonst für Analysen eingesetzt werden, bei Acrylnitril nicht entsprechend funktionieren würden.

Er weise darauf hin, dass sehr wohl bei der Messung abgelesen werden könne, ob die 20 ppm erreicht seien oder weit darüber lägen. Wenn bei 10 Messhuben der Messwert 20 ppm erscheine, dann sei das der tatsächliche Wert. Wenn bereits bei 8 Messhuben die 20 ppm-Skala erreicht werde, dann sei das ein Indiz, dass der Wert drüber läge. Die Feuerwehrleute seien in diesem Messverfahren geschult und erfahren. Bei Angaben größer als 20 ppm, könne derjenige, der gemessen habe, sehr wohl beurteilen, ob das weit über diesen 20 ppm-Wert gelegen habe oder ob es eben gerade die Grenze erreicht habe.

Zur Frage, ob bei der Messung die Höhe über dem Boden eine Rolle spiele, erläutert Herr Falkenberg folgendes: Wenn unmittelbar in der Gaswolke, also unmittelbar am Tank gemessen werde, dann würde die Höhe eine Rolle spielen. Entferne man sich, vermische sich das Acrylnitril mit der Luft und ob dann 2 m oder 10 m höher gemessen werde, spiele dann keine Rolle mehr.

Zurzeit werde ein Konzept für ein Pipelinekataster vom LANUV, laut Herrn Falkenberg, erstellt. In 2 ½ Wochen werde es dem Ministerium vorgelegt. Nach deren Zustimmung, seien erste Ergebnisse bis Herbst dieses Jahres abrufbar.

Nun beantwortet Herr Falkenberg die noch offenen Fragen aus der Tischvorlage:

Frage 27:

Ist auch in den weiter entfernten Wohngebieten wie Chorweiler, Heimersdorf, Longerich, Weidenpesch, auf die sich die Rauchwolken zu bewegten, gemessen worden und mit welchen Ergebnissen?

Das LANUV habe eine Karte ins Internet gestellt, in der alle Messorte des LANUV und der Feuerwehren aufgeführt seien. Damit würde sich die Aufzählung der einzelnen Messergebnisse jetzt erübrigen.

Frage 28:

Gibt es auffällige Messwerte der Landes-Messstation Fühlinger Weg, sofern diese für die hier relevanten Stoffe des Störfalles überhaupt zu Messungen in der Lage ist?

Es seien keine solchen Werte festgestellt worden. Bei Großbrandereignissen werde an solchen Messstellen häufig ein Anstieg der CO-Konzentration erkennbar.

Frage 33:

Hat es bei den Boden- und Pflanzenuntersuchungen nur Untersuchungen auf Acrylnitril gegeben oder sind auch andere Stoffe gemessen worden, ggfs. welche und mit welchen Ergebnissen?

Auf diese Frage antwortet Herr Falkenberg wie folgt:

Bei solchen Ereignissen spielen immer polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) eine Rolle und es empfehle sich, diesen Stoff zusätzlich zu untersuchen, um weitere Gefährdungen aufzuspüren. Die auf PAK untersuchten Bodenproben ergaben ein Ergebnis, wie man sie üblicherweise in Ackerböden in Nordrhein-Westfalen vorfände.

Frage 37:

Ist der Stadt Köln bekannt, dass es im Jahre 2005 bereits am anderen Ende der Ethylenleitung in Marl zu einer Störung gekommen sei, wobei Bewohner des Vorortes Frentrop im Umkreis von 500 Metern evakuiert werden mussten?

Nach Informationen, die das LANUV habe, sei das nicht das andere Ende der Leitung gewesen. Schon allein deswegen nicht, weil es sich hierbei um eine ganz andere Druckstufe handele. Bei der Fernleitung, die auf den Betriebsbereich von INEOS läge, gäbe es einen Betriebsdruck von 80 bar. Die angesprochene Ethylenleitung habe einen Druck von 16 bar. Der Vorfall sei praktisch im freien Gelände passiert und werde Gewaltbruch genannt. Die Ursache sei wahrscheinlich eine Bergsetzung gewesen. Dort wurde Ethylen frei gesetzt, beim hiesigen Störfall sei Ethylen verbrannt. Die Evakuierung in Marl sei aus Explosionschutzgründen erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Falkenberg und bittet nun die Ausschussmitglieder zur Abschlussrunde.

Herr Dr. Michael Paul, Mitglied des Rates und des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Herr Dr. Paul schließe sich dem Vorschlag von Herrn Stadtkämmerer Soénius an, den umfassenden Bericht der Verwaltung abzuwarten, um dann eine Auswertung vorzunehmen. Allerdings möchte er drei Punkte kommentieren. Der erste sei die Aussage von INEOS, in einen Dialog einzutreten. Dieses Vorhaben begrüße er sehr. Als zweites bitte er die Vertreter von INEOS, die Folien vom heutigen Vortrag dem Umweltausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der dritte Punkt wäre die Frage, wie gehe man mit Messwerten um, wie sei die Informationspolitik? Herr Dr. Paul gäbe Herrn Dr. Leidel Recht, dass bei solchen Ereignissen das unkommentierte Bereitstellen von Messwerten kontraproduktiv sei. Aber, die Bevölkerung müsse auch das Gefühl haben, dass sie vollständig unterrichtet werde, sonst glauben die Bürgerinnen und Bürger beim nächsten Mal niemandem mehr. Eine wirklich offene Information sei das A und O für eine vernünftige Verhaltensregelung in einem solchen Schadensereignisfall. Deshalb sei seine dringende Bitte, sollte es in der Vergangenheit nicht so gewesen sein, dass hier die notwendigen Informationen vollständig und transparent mit den notwendigen Kommentierungen gegeben wurden, dann gelte für das nächste Mal, es auf jeden Fall besser zu machen.

Abschließend äußert sich Herr Dr. Paul zum Restrisiko bei industrieller Tätigkeit im chemischen Bereich. Ihm läge viel daran, dass in Deutschland hohe Sicherheitsstandards gewährleistet seien. Damit sei auch gewährleistet, dass eine chemische Industrie am Standort Köln auch in Zukunft tätig sein kann.

Herr Bernhard Hanfland, stellvertretender Bezirksbürgermeister

Herr Hanfland kommt noch einmal auf den Artikel in der Grevenbroicher Zeitung zurück. Er bitte die Firma INEOS dringend, diesen genauer zur Kenntnis zu nehmen. So würde dort behauptet, das Unternehmen nehme nur die reinen Löschdienste der Werkfeuer in Anspruch, nicht aber die weiteren Dienste des Chemieparkbetreibers Currenta. So hätte der gesamte Einsatz wesentlich professioneller von der Leitstelle der Currenta-Werkfeuerwehr gesteuert werden können. Ihm dränge sich der Verdacht auf, dass aus Kostengründen ein Einsatz nicht erfolgte und eine Zusammenarbeit nicht angestrebt werde.

Als weitere Anregung, um für die Zukunft bestens auf vergleichbare Unfälle vorbereitet zu sein, bäte Herr Hanfland die Firma INEOS, im eigenen Interesse mehr zu tun, als nur die

gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen. Seiner Meinung nach sei der 11 km-Abstand zwischen dem Ende der Pipeline auf dem Werksgelände und dem nächsten Schieber zu groß und die Nähe zum 8 m entfernten Tank zu gering.

Herr Dr. Peter Krebs, Sachkundiger Einwohner des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Als Seniorenvertreter schlägt Herr Dr. Krebs vor, dass das Gesundheitsamt mit der Kreisstelle der Ärztekammer und mit der Apothekerkammer Kontakt aufnehme, damit die Ärzte- und Apothekerschaft entsprechend fortgebildet werde, um bei Großschadensfällen adäquat reagieren zu können.

Frau Katrin Barion, Sachkundige Einwohnerin des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Barion möchte wissen, welcher Pipeline-Betreiber für welchen Bereich bei der Wartung zuständig sei.

Frau Petra May, Mitglied des Rates der Stadt Köln

Frau May erinnert an die Frage, die sie an die Bezirksregierung gerichtet habe, nämlich, werden die in Auftrag gegebenen Gutachten nach Erstellung öffentlich zugänglich sein und wer sei Ansprechpartner für weitere Informationen?

Außerdem frage sie sich, warum die Betreiberfirma Aethylen-Rohrleitungsgesellschaft nicht ebenfalls hier am Tisch säße. Bis heute hätten alle angenommen, dass die Firma INEOS Besitzerin der Pipeline sei. Wäre es der Verwaltung möglich herauszufinden, wer hinter der Firma ARG stecke, damit diese dann eine Stellungnahme zum Störfall abgeben könnte?

Ausschussvorsitzender Herr Bacher weist darauf hin, dass alle Fragen gesammelt und von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden.

Herr Dietmar Donath, Sachkundiger Einwohner des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Herr Donath schildert kurz den Brand in der ESSO-Raffinerie vor 30 Jahren. Er habe seinerzeit bei der Brandbekämpfung geholfen und dadurch Erfahrungen sammeln können. Damals waren jedoch kürzere Rohrleitungsstücke betroffen. Im vorliegenden Störfall habe es 11 km lang keine Absperrung gegeben; und der Betriebsdruck des Ethylen war 80 bar. Dies erkläre auch, dass der Tank letztendlich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Er sei der Auffassung, dass es im ganzen Unternehmen INEOS wohl kaum Rohrleitungen gäbe, die ähnlich hoch energetische Produkte transportiere. Er frage sich, ob in der Nähe von Wohngebieten nicht mehr Absperrmöglichkeiten geschaffen werden müssten.

Herr Donath hätte gerne plastisch erklärt bekommen, wie viele Tanklaster Benzin die Menge Ethylen entsprächen, die in der 11 km langen Rohrleitung enthalten war.

Frau Dr. Sabine Müller, Mitglied des Rates und des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Dr. Müller zitiert die Antwort zu Frage 18, dass es keine gesetzlich vorgegebenen Abstände von Rohrleitungsanlagen und anderen Anlagen gäbe.

Sie weist darauf hin, dass das Ethylen mit einem enorm hohen Druck durch die Rohrleitungen schieße. Sollten da nicht höhere Sicherheitsvorkehrungen möglich sein?

Zur Trinkwasserbeeinträchtigung hielte Frau Dr. Müller es für notwendig, in kurzen Abständen ein Monitoring in Zusammenarbeit mit der Rhein-Energie vorzunehmen, weil die Gefährdung des Trinkwassers so kurz nach dem Störfall noch nicht erkennbar sei. Sie schlägt vor, über einen längeren Zeitraum die Qualität des Trinkwassers zu beobachten, damit man auf der sicheren Seite sei.

Ausschussvorsitzender Herr Bacher bedankt sich abschließend bei den Fachleuten, bei der Verwaltung, die diese Sondersitzung organisatorisch ermöglicht habe, bei den Ausschussmitgliedern sowie bei den Gästen und den Vertreterinnen und Vertretern der Medien.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine.

4 Beschlussvorlagen

Keine.

5 Mitteilungen

Keine.

6 Mündliche Anfragen

Keine.

gez. Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez. Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

gez. Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)